

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. Juni 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 64

Der Generalversammlung wegen erscheint die Nummer 65 erst Donnerstag, den 17. Juni.

Unser Verband im Jahre 1919

II.

Der finanzielle Teil weist zunächst für die Hauptkasse einen Vermögensbestand von 13043039 Mk. am 31. März 1920 aus, gegen den gleichen Zeitpunkt von 1919 sind das 769625 Mk. mehr. Die Zunahme des Verbandsvermögens belief sich im Jahre 1919 nur auf 161303 Mk. Der Ertrag der Beitragserhöhung (am 28. Dezember 1918 von 1,20 auf 1,50 Mk., am 29. Dezember 1919 auf 2 Mk. und am 28. März 1920 auf 3 Mk., letztere hier noch nicht in Betracht kommend) mit 907750 Mark hat im Berichtsjahr ein Defizit verbüßt. Mit den in den Gau-, Bezirks- und Ortskassen sowie bei den Zentralkommissionen der Sparten vorhandenen Kassenbeständen (ohne den Bildungsverband) verfügt die Gesamtorganisation über ein Kapital von 17595523 Mk. Das erscheint viel. Ein Vergleich des finanziellen Rückzugs im ersten Friedensjahre nach dem Kriege mit dem im letzten Friedensjahre vor demselben vorhanden gewesen: 13741367 Mk., läßt aber den Vermögenszuwachs nicht als erheblich ansehen, denn der Grad der Geldentwertung seitdem spielt doch eine bedeutende Rolle.

In ihren Hauptlagen zeigt die Finanzgebarung der Hauptkasse folgende Entwicklung in den letzten sechs ungewöhnlichen Jahren, wobei 1913 nur zur Gegenüberstellung herangezogen ist:

Jahr	Beiträge	Zinsen	Unterstützungen	Andere Ausgaben	Vermögensbestand
1913	3892003	377177	2997006	406720	10658111
1914	3249734	412307	4373067	35194	9917184
1915	2265412	427281	1339371	394800	11105504
1916	1862916	432695	1083661	632402	11706602
1917	1718578	450866	1110928	580305	12212111
1918	1829137	466855	1553434	713982	12273414
1919	4533757	492966	3144470	1200203	13043039

¹ Ohne den „Korr.“. ² Dazu Extra Steuern 255220 Mk. ³ Dazu 212410 Mk. an Ersparnissen.

Das Unterstützungswesen hat wie immer unter den Ausgaben den Hauptanteil beansprucht. Es steht für 1919 mit 3144470 Mk. zu Buch, hat also 1381236 Mk. mehr erfordert als im Jahre 1918 und nahm 69,2 Proz. der Beitragseinnahmen in Anspruch. Der Vergleich mit 1918 zeigt aber nicht nur Ausgabefeigerungen. Es erforderten nämlich:

	1919	In Proz. der Beitragseinnahme	Gegen 1918
Arbeitslosenunterstützung	1739012	38,3	+ 1486882
Gemahרגesellenunterstützung	32531	0,7	+ 32392
Amzugskosten	44055	1,0	+ 26392
Krankheitenunterstützung	621965	13,7	+ 33750
Begräbnisgeld	149540	3,3	+ 20559
Unfallunterstützung	469568	10,3	+ 12285
Ertragswendung an die Invaliden	53250	1,2	+ 53250
Außerordentliche Unterstützungen	14040	0,3	+ 184156
Unterstützung an andere Arbeiter	19420	0,4	+ 17420
Rechtschub	1084	—	+ 1078

Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität sind also die Hauptbelastungen, die infolge der Geldentwertung oder auch noch zu befürchtender größerer Ausdehnung (Arbeitslosigkeit) aber noch größer werden, wie die Vorlage des Verbandsvorstandes an die Generalversammlung trotz aller Zurückhaltung es schon zahlenmäßig gezeigt hat. Die Rückvergütung an die Gauen hat sich auf 433751 Mk. erhöht (9,6 Proz. der Beitragseinnahme), was eine Zunahme um 201649 Mk. bedeutet. Die außerordentlich geschäftlichen Tarifverhandlungen, Konferenzen und Kongresse bilden jetzt auch einen andern Faktor in dem Ausgabenkonto. Müssen doch dafür 1919 schon 91765 Mk. gleich

20 Proz. der Beitragseinnahme aufgewendet werden, das sind 43626 Mk. mehr als im Jahre 1918.

Die finanzielle Wirtschaft in der Verwaltung unseres Verbandes ist bekannt, dafür bedarf es keiner zahlenmäßigen Ausführungen.

Der statistische Teil hat wohl eine Kürzung um vier Seiten im Jahresbericht erfahren, das bedeutet aber keine Beeinträchtigung dieser seit zwei Jahren vorgenommenen ungemeinlich wichtigen Ausgestaltung. Aber 1918 war noch vielerlei in absoluten Zahlen wie auch in anschaulicheren prozentualen Ausrechnungen festzuhalten, das nur aus den untre Organisations-, Kassen- und Unterstützungsverhältnisse total verändernden Kriegsjahren resultierte. Die Ausgangspunkte davon sehen wir in dem Jahresbericht über 1919. Demzufolge zeigt er auch im statistischen Teil ein wesentlich andres Bild, das deshalb im ganzen ein kürzeres Ausmaß erfahren konnte. Dessenungeachtet sind so mannigfache Neuerungen vorgenommen worden, daß wir uns freuen können, auch in unserer Organisation die Gewerkschaftsstatistik zu einer Wissenschaft sich entwickeln zu sehen. Das gesprochene wie das geschriebene Wort müssen gerade bei der gewerkschaftlichen Arbeit ihren Stützpunkt in gutgewähltem und sorgfältig bearbeitetem statistischen Material finden, dann erhalten sie erst Durchschlagskraft und die rechte Wirksamkeit. Wir sehen jetzt in den Verbandsjahresberichten manches beieinander, das bis vor kurzem noch durch Einzelveröffentlichungen ohne Vergleichszahlen verstreut wurde.

Das Jahr 1919 schloß mit 70428, 1918 mit 50067 Mitgliedern ab, obwohl Elsaß-Lothringen mit 1085 Mitgliedern um die Jahresmitte 1919 auswich. Wir sind also wieder friedensstark, was den Mitgliederstand anbelangt, im gegenwärtigen Zeitpunkt darüber schon etwas hinaus. Freilich, zu erobern gibt es bei uns nichts mehr; Massenanzulauf wie zu andern Gewerkschaften ist nicht möglich, weil wir schon alle Organisationsfähigen haben. Immerhin, da wir leider über 8000 Kriegsopter zu verzeichnen haben und noch von rund 5500 zum Seeresdienst eingezogenen Mitgliedern jeder Nachwuchs fehlt, außerdem in Anbetracht des Verlustes der elsass-lothringischen Kollegen, hat doch noch eine ganze Anzahl bisher abweisstehender Berufsgenossen, darunter nicht wenige im vorgerückten Alter, den Weg zum Verbands gelunden. Durch den Krieg wieder heimwärts verschlagene Auslandsdeutsche stellen auch ein gewisses Vermehrungskontingent. Unser Organisationsverhältnis wird am Jahreschluß von 1919 auf etwas über 90 Proz. zu berechnen gewesen sein.

Die Mitgliederbewegung war äußerst lebhaft. Im Zugange sind 7485 Neueintritte (1908: 2865), 1956 (682) Wiederbeitritte, 546 (115) Zurückmeldungen zum Berufe, 5395 (2486) Zureisungen und 16369 (23670) Entlassungen vom Militär verzeichnet worden; im Abgange 461 (123) Austritte, 688 (257) Ausschlreibungen, 1959 (168) Abmeldungen vom Berufe, 4992 (2371) Abreisungen, 1395 (4887) Entritte zum Militär, 1085 Ausscheidungen (Elsaß-Lothringen), 228 (159) Aberritte in den Invalidenstand und 582 (654) Sterbefälle. Die höhere Zahl der Ausgetretenen ist auf einen Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses betreffend Aberritt in andere Gewerkschaften bei dauerndem Berufswechsel zurückzuführen. Der Abgang vom Berufe, wozu auch der Entritt zum Militär zählt, hat eine bedeutende Steigerung erfahren, weil es mit der Beschäftigungsmöglichkeit wie mit der Entlohnung in unsern Gewerbe ungünstig bestellt ist. Die Ausschlreibungen wegen längerer Rekruten sind dagegen erheblich zurückgegangen; ein gutes Zeichen für die bei uns vorhandene gewerkschaftliche Festigkeit.

Unter den 22 Gauen hat eine Verschiebung in den Mitgliederzahlen stattgefunden, Ende 1919 war die Reihenfolge: 1. Berlin 12671 (1903: 10036), Rheinlands-Westfalen 8286 (5846), 3. Leipzig 5777 (3698), 4. Bayern 5738 (4165), 5. Württemberg 3788 (2462), 6. An der Saale 3315 (2234), 7. Mittelrhein 3279 (2565), 8. Frankfurter-Gebiet 3036 (2340), 9. Hannover 2920 (1835), 10. Elsaß-Lothringen 2765 (1818), 11. Oder 2643 (1448), 12. Osterrhein-Thüringen 2605 (1666), 13. Dresden 2586 (1649), 14. Sann-

burg-Altona 2514 (1782), 15. Erzgebirge-Vogtland 1761 (948), 16. Oberrhein 1658 (1169), 17. Nordwest 1358 (922), 18. Schleswig-Holstein 1033 (741), 19. Ostpreußen 950 (579), 20. Mecklenburg-Litauen 844 (512), 21. Westpreußen 625 (456), 22. Polen 315 (289). Diese 70428 Mitglieder in 22 Gauen, wovon Berlin, Leipzig und Hamburg-Altona sogenannte Stützgaue sind, verließen sich auf 1614 Druckorte, gegen 1344 in 1918 und 1171 in 1917, was den niedrigsten Ausbreitungsstand unserer Organisationsbewegung bedeutet. Im letzten Friedensjahre (1913) war mit 1717 Druckorten der Höchststand erreicht. Daß der Verband im Hinterlande noch Terrain gewinnen könnte und müßte, beweist wohl der Umstand, daß die Berufsgenossenschaft 1918 in 2572 Orten Betriebe zählte.

Die Arbeitslosigkeit hat trotz aller Verordnungen über Wiederbeschäftigung und über Strecken der Arbeit, womit Entlassungen vorgebeugt werden soll, und trotz der zahlreichen Abwanderungen vom Berufe beträchtlichen Umfang angenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosigkeit 6,7 Proz., gegenüber 1,53 Proz. in 1918, die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 1552969, gegen 188266. Das erste Vierteljahr mit der Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft war sehr schwer, es brachte 13 Proz. Arbeitslose. Dann ging es herab: im zweiten 6,5, im dritten 4,6 und im vierten 3,7 Proz. Papiernot durch Überpreise, Kohlen-, Gas- und Strommangel griffen sehr stark in den Druckerbetrieb ein. Aber 5 Proz. Arbeitslose hatten im Jahresdurchschnitt die Gawe: Leipzig 12,1, Hamburg-Altona 11,6, Erzgebirge-Vogtland 11,2, Dresden 10,8, Bayern 8,4, Berlin 6,6, Mittelrhein 6,5, Schlesien 6,4, Oberrhein 6,1, An der Saale 5,9, Osterrhein-Thüringen 5,7, Ostpreußen 5,2 Proz. Die sächsischen Gawe waren am liebsten daran. Für Leipzig als Werkdruckerzentrale findet man eine Erklärung dafür, für die beiden andern Gawe fällt sie dagegen schwerer. Bei Berlin kommt in dem verhältnismäßig günstigen Stande der Charakter als dominierende Zeitungstadt zum Ausdruck. Nicht weniger beachtenswert ist die Beteiligung der Sparten an der Arbeitslosigkeit. Es stellen die Drucker 8,9, die Handleger (mit Schweißerbezug) 7,3, die Stereotypen- und Galvanoplastiker 5,6, die Schriftgießer 4,8, die Maschinenleger 1,1 und die Korrektoren 0,7 Proz.

Als gemahrgesell mußten anerkannt werden 597 Mitglieder, von denen 249 auf Rheinlands-Westfalen, Mittelrhein 179, Osterrhein-Thüringen 85 und Berlin 34 entfielen.

Amzugbeihilfen erhielten 628 (1918: 285) Mitglieder. Rheinlands-Westfalen mit 88 und An der Saale mit 52 stehen unter den Gauen oben. Es wird im Jahresbericht warnend darauf hingewiesen, daß in mehreren Fällen die umziehenden Kollegen mit ihren Möbeln an den früheren Wohnort zurückkehren mußten, weil sie keine Wohnung finden konnten.

Die Krankenziffer ist auf 2,3 Proz. gesunken. Das ist nicht nur gegen 1918 mit 4,3 Proz. eine bedeutende Verringerung, sondern, wie der Bericht sagt, sogar ein Tiefstand, wie nie zuvor erreicht. Wahre Genugtuung kann aber darüber nicht auskommen, denn es dokumentiert sich darin vielmehr ein ganz trauriger Zustand: Verkünderung des Lebensunterhalts bis ins Ungemessene, dem man mit dem Lohne, geschweige denn mit dem Krankengeld hilflos gegenübersteht. Also wird von einer Krankmeldung zur rechten Zeit abgesehen. Die Folgen zeigen sich im Ernstfalle mit längerer Krankheitsdauer. Es entfallen im Jahre 1919 auf jeden Krankheitsfall 37,3 Tage, gegen 33 in 1918. Die Gawe Leipzig und Oberrhein haben mit 2,9 Proz. die höchste Krankenziffer, Erzgebirge-Vogtland und Schleswig-Holstein mit 1,5 Proz. die niedrigsten. Wie gerade diese Gawe zusammenkommen, ist ein Rätsel. Die Krankheitsursachen bieten infolgedessen ein recht verändertes Bild, als die Grippe von 606 Fällen auf 2564 zurückgegangen ist. Die Zunahme ist am größten bei den bösartigen Neubildungen, den Entzündungen und den Geschwüren, die von 779 auf 1650 Fälle ansteigen sind.

Sterbefälle sind 582 zu verzeichnen. Das bedeutet einen Rückgang von 72, da die Infektionskrankheiten im

Jahre 1919 nur 47 Opfer forderten, gegenüber 110 in 1918. Lungenerkrankungen als Todesursache weicht von den krebserkrankten Mitgliedern 171 und von den Invaliden 14 Todesfälle auf, dann folgt Tuberkulose mit 84 bzw. 14. Hierauf geht es gleich auf 47 bzw. 1 bei den Infektionskrankheiten herunter. Die Sterblichkeitsrate betrug nach dem durchschnittlichen Mitgliederstande 0,92 Proz. in 1919 und 1,94 Prozent in 1918. Das Alter von 31 bis 40 Jahren weist die meisten Sterbefälle auf.

Der Invalidentstand betrug 1079 am Jahreschluss von 1919 (1918: 1068). Der Zugang beläuft sich auf 175, der Abgang auf die hohe Zahl von 184, darunter 109 Sterbefälle. Das Altersjahrzehnt von 71 bis 80 Jahren ist mit 219 Invaliden vertreten, also mit der Höchstzahl, dann kommen die Jahre von 61 bis 65 mit 200 Invaliden. Im Nr. 47 ist der Jahresbericht der Zentralinvalidenkasse i. V. abgedruckt, die noch 21 Invaliden mit 318751 Mk. Vermögen ausführt.

Die statistischen Tabellen müssen natürlich durch eigenes Studium noch lehrreicher gemacht werden. Hier kann es sich nur um Hervorhebung der Hauptmerkmale handeln.

III.

Aber das Verbandsorgan sagt der Jahresbericht im prinzipiellen Sinne, der „Korr.“ habe das Größtmögliche geleistet in der ihm besonders obliegenden Aufgabe, die Mitglieder über alle Dinge und Vorgänge auf allen die Arbeiterschaft berührenden Gebieten zu orientieren. Wenn dann die im vergangenen Jahre durch ungünstige Verhältnisse hervorgerufenen Verkündungsschwierigkeiten berührt werden, die durch resolutonäre Ereignisse bis zur vollständigen Unterbindung und zum Nichterscheinen des „Korr.“ sich steigerten, so haben wir natürlich diese schweren, früher undenkbar gewesenen Störungen ebenso zu beklagen. Es liegt das nun einmal in den Zeitverhältnissen. Örtliche Umstände können allerdings noch besondere Erschwerungen bringen. So mußte der „Korr.“ im März 1919 fast 14 Tage ausfallen, weil in Leipzig ein Generalkongress länger dauerte als anderswo; im März 1920 hätte der „Korr.“ in Berlin während eines längeren Zeitraums nicht erscheinen können, weil diesmal in Leipzig früher mit dem Generalkongress gegen den Kapp-Putsch Schluss gemacht wurde. Das Zusammenarbeiten mit der Verbandsleitung ist aber trotz der gescheiterten äußeren und inneren Schwierigkeiten ein gutes gewesen.

Was der „Korr.“ im vergangenen Jahre zu leisten hatte, wie er durch die Sturmgepöhlischen Wogen des politischen, wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen wie des eigenen gewerblichen und organisatorischen Lebens hindurchzusteuern mußte, bei den inneren Kämpfen der Arbeiterschaft die Mitte zu halten hatte und den durch all diese hochgelegerten Anforderungen an den Raum bei noch bestehender behördlicher Papierzuzahlung und bei immer höher steigenden Papierpreisen standhalten mußte, das waren sehr schwere Zeiten. Im Jahre 1919 erreichte der „Korr.“ einen Umfang von 720 Seiten, 1918 waren es 582. Auf die einzelne Nummer umgerechnet entfielen 1918 nicht ganz 4 Seiten (3¹/₁₀), 1919 indes nicht ganz 5 (4¹/₁₀) Seiten. Im letzten Friedensjahre (1913) war der Umfang 968 Seiten, im Jahre 1911 wurde mit 1000 der Höchststand erreicht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese beträchtlich größeren Raumnahme im Jahre 1919 notwendiger gebraucht worden wären. Trotz des um 248 geringeren Umfangs als 1913 ist aber im Jahre 1919 im Verhältnis mehr untergebracht worden, aus der Kollegenliste stammende Artikel sogar auch absolut mehr. Gegen das Jahr 1918 mit 142 Artikelvermeldungen hat 1919 mit 340 eine bedeutende Zunahme gebracht, die bei den Versammlungsberichten mit 817 zu 1210 sogar noch größer ist. Als öffentliche Tribüne hat der „Korr.“ jeder Richtung zur Verfügung gestanden. Nur nachweisbare Unachtsamkeit oder offensichtliche Wiederholungen, die lediglich Raumvergeubung gewesen wären, zwangen zu Abkürzungen, deren Zahl aber unbedeutend ist. Das im vergangenen Jahr aufgekommene Gerücht — jedes Stichwort gegen uns findet ohne weiteres seine nicht kleine Gemeinde — die Mitarbeit am „Korr.“ giinge ständig zurück, ist nun noch mehr widerlegt. Eine Kürzung der Artikel und der Versammlungsberichte konnte durch die fortgesetzten Vorstellungen erreicht werden oder ist von uns nachhelfend durchgeführt worden; es muß aber, so lange die Papierpreise auf dem ungeheuren hohen Stande verbleiben, auch in der Zahl Verminderung eintreten. Auf der Generalversammlung in Nürnberg wird es nicht nur bei einer Aussprache darüber verbleiben können. Es kann so nicht weitergehen! Die Reihenfolge der Versammlungsberichte muß immer wieder durchbrochen werden, weil mit den im Durchschnitt aller Vierteljahre stattfindenden Turnerzusammenkünften immer eine ausgedehnte vorbereitende und nachherige Stellungnahme in Versammlungs- und in Artikelform verbunden ist, deren Veröffentlichung sofort erfolgen muß. Mit den Einfindern von den andern, sozusagen laufenden Sachen bekommen wir deshalb schwere Verdrehlichkeiten, weil irgendwo doch Luft geschaffen werden muß durch Zurückstellen. Tatsächlich haben wir immer ein großes Lager von schon lange eingelagerten Artikeln und Versammlungsberichten — im Augenblick

über 50 der letzteren und über 20 der ersteren Art —, deren Unterbringung uns manchmal durch die Länge extra erschwert wird. So, wie es jetzt in der „Zeitschrift“ geschehen ist, daß ein Mitglied daherkommt und seine schreibfertigen Kollegen hoch und teuer bittet, der Redaktion doch mehr entgegenzukommen durch Fernhaltung jeden Ballastes aus den Berichten und Artikeln, weil der beschränkte Raum doch zweckentsprechender ausgenutzt werden muß, so etwas erleben wir nicht. Dabei hat niemand eine Ahnung, was wir als entbehrlich schon alles ausmerzen. Von unsern ständigen Mitarbeitern, deren es nur wenige sind, haben wir angelehrt der äußerst beengten Verhältnisse vorderhand einige in Referatstellung schicken müssen. Wir sprechen ihnen wie den noch tätigen sowie allen gelegentlichen Mitarbeitern für die der gemeinsamen Sache zusehnd gewordene Unterstützung besten Dank aus!

Der rechnerische Abschluß des „Korr.“ ist, wie nicht anders zu erwarten gewesen und von uns Nr. 31 d. J. schon im voraus erörtert, ganz ungünstig. Bei 246107 (1918: 89169) Mk. Druck- und 120650 (35550) Mk. Papierkosten als den alles weit überragenden Hauptausgabenposten und nur 83153 (50224) Mk. Abonnementsgelbern sowie 11746 (9569) Mk. Einnahmen aus Anzeigen (1919: 3076, 1918: 4781 Saterate) als den fast ausschließlichsten Einnahmequellen hat sich ein Defizit von nicht weniger als 317554 Mk. ergeben, gegen 91791 Mk. im Jahre 1918. Der Zuschuß für 1919 ist also über doppelt so groß als die Gesamtausgaben für 1918. Die ansehnliche Erhöhung der Auflage trägt ja auch dazu bei, aber die ganz enorme Steigerung der Druck- und der Papierkosten ist doch der allein durchschlagende Punkt. Damit wird es für 1920 aber noch viel schlimmer, weil nicht nur diese beiden Konten ins Ungemessene gestiegen sind, sondern mit dem 1. Oktober auch eine beträchtliche Erhöhung der Postgebühren eintritt. Was soll das mit 65 Pf. Bezugspreis, den im Jahre 1899 die Mainzer Generalversammlung durch Herabgehen von 1 Mk. beschlossen hat, angeht werden? Bis dahin wurde trotz 850 Seiten Umfang bei 17850 Auflage noch ein kleiner Überschuß erzielt, dem nach der Abonnementsherabsetzung erst nur ein geringes Defizit folgte, aber nun übersteigen allein die Papierkosten die Einnahme aus dem Abonnement um 37497 Mk. Vom 1. Oktober an schon die Postgebühren den Abonnementspreis um 10 Pf. im Vierteljahre! Die Nürnberger Generalversammlung wird den Zustand, daß der „Korr.“ 7 Proz. der Beitragseinnahme erfordert, in allen Erfordernissen Rechnung tragender Weise ändern müssen.

IV.

Die Berichte der Gauvereine sind noch etwas gedrängter ausgefallen. Sie spielen nur in den Hauptzügen das Organisationsleben während des Berichtsjahrs wider. Wir empfehlen den Mitgliedern diese einzige Möglichkeit, sich über die Verhältnisse in den andern Gauvereinen einigermassen zu orientieren.

Interessant ist es, die Kassengebarung der Gau-, Bezirks- und Ortsvereine (ohne Polen) zu verfolgen, worüber früher bequämlich eine große, eine Seite füllende Tabelle im „Korr.“ gebracht wurde. Jetzt möge es mit einigen Hervorhebungen sein Bewenden haben: Gesamteinnahme 3786542 (1918: 2325042) Mk., Gesamtausgabe 3119005 (2166330) Mk.; Zuschuß zur Ortsunterstützung 548658 (85422) Mk., bezgl. zur Krankenunterstützung 170785 (176961) Mk., bezgl. zur Invalidenunterstützung 177467 (154336) Mk., Gattage und Konferenzen 32455 (13138) Mk., Fahrkosten zu Bezirksversammlungen 33808 (10428) Mk., Agitation und Vorträge 30551 (14528) Mk., Ausgaben für Bildungszwecke 28986 (4021) Mk., Bibliothekwesen 17805 (9263) Mk., „Korrespondent“-Abonnement 105713 (56757) Mk., an Gewerkschaftskassentafeln, Arbeiterlehreanstalten und Gewerkschaftsbücher 64556 (29385) Mk., Unterstützung an andre Gewerkschaften 27855 (296) Mk., Ausgaben für farbliche Zwecke 44898 (13180) Mk., Kursverluste, Debet- und Lombardzinsen 71636 (11562) Mk., sonstige Ausgaben 159148 (127917) Mk., persönliche Verwaltungsausgaben 686692 (314316) Mk., jährliche Verwaltungsausgaben 168918 (87572) Mk. Die Gau-, Bezirks- und Ortsvereine hatten ein Vermögen von zusammen 4535931 (3927926) Mk., also eine Zunahme von 608055 Mark. Die Verschiebung in diesen herausgenommenen Hauptposten ist durch das Mitgliederzurückgehen nach dem Kriege meistens eine sehr große.

Die Zentralkommissionen der Sparten geben auch ein knappes Bild von ihrer Arbeitstätigkeit. Die wichtigsten Zeitverhältnisse werden mehr oder weniger lebhaft betont. Aber trotz aller Widrigkeiten mit dem Material und mit dem Anholzen klingt doch schon Genugtuung durch, daß es wieder etwas besser wird. Die Schriftgießer berichten über das Zustandekommen eines Reichsarbeits, der nicht alle Erwartungen befriedigte. Die für 1920 geplanten Kongresse spielen schon eine gewisse Rolle. Aber die Zahl der Spezialorganisierten Kollegen machen nur die Stereotypen (920) und die Stereotypen und Galvanoplastiker (1548) aus. Wir meinen, es müßte im nächsten Jahresberichte nun doch möglich werden, daß alle Zentralkommissionen über die Zahl der ange-

schlossenen Spartenvereine und deren Mitgliederstand insgesamt Mitteilung machen. Die Zentralkommissionen verausgaben für Gattage und Konferenzen 1169 (440) Mk., für Bildungszwecke 8329 (3301) Mk., für persönliche Verwaltung 2317 (1706) Mk., für jährliche 954 (713) Mk., hatten 32019 (9426) Mk. Einnahmen, 23543 (8002) Mk. Ausgaben und 81503 (9951) Mk. Vermögensbestand.

Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker erscheint nun auch im Rahmen des Verbandsjahresberichts. Es erhebt in diesem Abschnitt manch hoffnungstreudiges Wort, und mit Genugtuung wird konstatiert, daß seit Kriegsbeendigung die Lehr- und Arbeitspläne auf Berufs- und allgemeine Bildung eingeleitet sind. Die Vorstandskonferenz im November 1919 zu Leipzig hat die in der Namensänderung sich schon ausbreitende Reform auf in die Wege geleitet. Die Zahl der Kreise ist von 10 auf 17 vermehrt, die Vereinigungen haben bereits wieder die Zahl von 311 erreicht mit einem Mitgliederbestande von rund 20000 (1908: 13810). Die „Typographischen Mitteilungen“ leiden unter dem ungeheuerlichen Papierpreisen. Der Verlag ist zu einer sehr auf arbeitenden genossenschaftlichen Abteilung umgewandelt worden.

Wir können unsre Kollegen nur nochmals ersuchen, diesen Streik im großen durch den Verbandsjahresbericht mit liebevollem Eingehen in Einzelheiten zu vollenden. Es lohnt sich wirklich, denn es wird noch viel geboten.

Was dem Schriftschneidergewerbe

Nur in ganz seltenen Fällen ist in früheren Zeiten von uns Schriftschneidern der „Korr.“ als Vermittler zur Öffentlichkeit benutzt worden. Auch in fachtechnischer Hinsicht haben wir uns früher der gleichen Unterlassungssünde schuldig gemacht. Wir Schriftschneider fragen also selbst die Schuld daran, daß sogar in den uns berufsverwandten Verbandskreisen so wenig Kenntnis über unsre Berufsgruppe vorhanden ist.

Es liegt erst etwas über zehn Jahre zurück, daß die Schriftschneider sich sachlich als Sparte im Verband der Deutschen Buchdrucker organisierten. Vordem waren die Schriftschneider im Graveurverband organisiert, nach dessen Auflösung traf der größte Teil der Schriftschneider in den Buchdruckerverband, eine kleine Minderheit ging zu den Metallarbeitern über. In der damaligen Zeit herrschte in unserm kleinen Gewerbe in beruflicher Hinsicht solch traurige Verhältnisse, daß die aufgehäuften Kollegen eine Rettung nur noch durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu erhoffen vermochten. In Frankfurt a. M. und Berlin kam man zuerst zu dieser betretenden Tat. In Leipzig verzögerte sich diese Sache noch um ein Jahr. Jetzt ist es fast die damals führenden Kollegen in den einzelnen Ortsvereinen nicht gewesen, die gewerkschaftlich wie politisch völlig indifferenten Kollegen der gewerkschaftlichen Organisation anzuführen. Ganz besonders erschwerend wirkte der unbellvolle „Künstlerschutz“, der es nicht erlaubte, sich als Arbeiter zu betrachten. Darin ist glücklicherweise eine erfreuliche Wankung eingetreten. Die unheimliche Not, welche uns alles verwilligende Kriegszustand brachte, hat mit zwingender Gewalt diesen ehemaligen „Kunst“-Arbeitern bewiesen, daß auch sie nur Profefarler sind.

Das größte Hindernis zur Entfaltung unsrer organisierten Bewegung bildete die verberbliche Seimarbeit, der sich einige Kollegen völlig ergeben hatten; andre benutzten sie noch neben ihrer normalen Arbeitszeit. Durch diese bösenlose Schmutzkonzurrenz wurde natürlich gewaltig auf die vorwärtsstrebenden Kollegen, die sich zur Errettung ihres Lebensunterhalts nur der geschäftlichen Arbeitszeit bedienten, gedrückt. Die selbstverschuldet schlechten Akkordpreise und Arbeitslöhne suchte der Seimarbeiter durch eine überlose Arbeitszeit auszugleichen; dadurch kam das Gewerbe immer tiefer in das Elend hinein. Der sonst so in den Vordergrund gestellte „Künstlerschutz“ war hier völlig zu vernichten, er zeigte sich nur immer dann, wenn es galt, einen gewerkschaftlichen Werber abzuschütteln. Dies sind die Ursachen, warum eine hochqualifizierte Arbeitergruppe wirtschaftlich so tief sinken konnte. Heute ist das glücklicherweise überwunden.

Bis zum Ausbruch des Krieges schritt die Bewegung langsam vorwärts. In Berlin brachte man es sogar bis zum Abschluß eines Lokalarbeits. In Frankfurt-Offenbach, Leipzig und Hamburg war das damals noch nicht möglich. Am schlechtesten lagen wohl die Verhältnisse in Leipzig. Dies hatte seine Ursachen vornehmlich darin, daß hier sehr viele Schriftschneider vorhanden waren, die sich wieder der Zwischenmeister und Seimarbeiter bedienten. Der gewerkschaftliche Boden war hier besonders feig. Nicht unerwähnt sei die Tatsache, daß bis zum Kriegsausbruch die Schriftschneider des ehemaligen Österreich-Ungarns der inoffiziellen Zentralkommission der Schriftschneider angehört waren. Durch die Kriegswirren und ihre politischen Auswirkungen gingen diese Verbindungen verloren. Die nach langen Bemühungen kürzlich erhaltenen Mitteilungen von Wien lassen erkennen, daß der dort eingetretene wirtschaftliche Zusammenbruch auch die Schriftschneider betroffen hat. Auch ist es dort nicht gelungen, für alle Schriftschneider eine einheitliche tarifliche Regelung durchzuführen.

Durch den Krieg erfuhr unser kleines Gewerbe eine Einschränkung, wie nur wenige andre es noch zu ver-

zeichnen hatten. Noch nicht einmal zehn Prozent unrer Kollegen fanden Arbeit in ihrem Berufe. So wie der wirtschaftliche auch der organisatorische Zusammenbruch, der einer Auflösung fast gleichkam. Von den etwa 300 Schriftlichneidern, die vor dem Krieg in Deutschland vorhanden waren, sind ungefähr 25 Kollegen gefallen.

Nach Beendigung des Krieges wurde in allen Orten, wo Schriftlichneidervereinigungen bestanden, die alte Tätigkeit wieder aufgenommen. Die infolge völliger Erschöpfung des Schriftlichneidermarktes in diesem Gewerbe einsetzende Hochkonjunktur brachte allmählich uns Schriftlichneidern eine Besserung unseres Gewerbes. In Berlin und Frankfurt-Offenbach trat schon im Frühjahr 1919 eine fast restlose Behebung der Arbeitslosigkeit ein, wogegen in Leipzig um diese Zeit die Lage noch schier hofflos war. Aber gegen das Ende vorigen Jahres war auch hier eine merkliche Besserung zu beobachten. Wenn jetzt in Leipzig ebenfalls die Arbeitslosigkeit fast ganz beboben ist, so deswegen, weil ein beträchtlicher Teil der Kollegen entweder vorübergehend oder auch für dauernd in andre Berufe überging, was in den andern Gesichtspunkten nur vereinzelt der Fall ist. Die jetzt etwas unsicheren Verhältnisse in Deutschland wie auch auf dem gesamten Westmarkte lassen es vorläufig noch nicht zur völligen Entlastung der Schriftlichneiderei auf dem Gebiete der Neuanschaffungen von Schriften kommen. Vorerst wird das vorhandene Material restlos ausgenutzt. Doch wenn das deutsche Schriftlichneidergewerbe mit dem Auslande wieder erfolgreich konkurrieren will, wird es ohne Zweifel auch hier mit Neuschöpfungen bahnbrechend wirken müssen, und auch für uns Schriftlichneider wird dann neue Arbeitsgelegenheit geschaffen.

Nicht unerwähnt bleibe hier die Tatsache, daß besonders England und Amerika es versuchen, die ehemaligen Absatzgebiete der deutschen Schriftlichneiderei in Spanien und Südamerika an sich zu reißen, und daß man selbst so weit ging, die dortigen Schriftlichneidern auf die deutsche Normalnie einzustellen, um besser mit uns konkurrieren zu können. Bei dieser ebenso schwierigen wie kostspieligen Sache hatten die amerikanischen und englischen Konkurrenten im Auge, daß diese bisher nur von Deutschland belieferten ausländischen Buchdruckereien nun ohne Schwierigkeit ihren Bedarf an Schriftlichneidern in Amerika und England decken können. Bisher war das unmöglich, weil die Regelsysteme wie auch die Schriftentrie nicht miteinander übereinstimmen. Eine ausländische Buchdruckerei konnte entweder nur mit deutschem oder englischem Schriftlichneidern arbeiten. Viele Unmöglichkeit ist von Amerika und England ausgegangen worden und dadurch die Gefahr, daß die deutschen Schriftlichneiderei die erwünschten Absatzmärkte verlieren können, sehr groß. Diese Gefahr kann nur abgewehrt werden, wenn wir unsere Neuschöpfungen in technischer, aber besonders in künstlerischer Hinsicht bis zur höchsten Vollendung ausstellen.

In verschiedener Hinsicht hat sich in unserm Gewerbe in den letzten Jahren eine bedeutende Veränderung vollzogen. Die eine Veränderung ist wirtschaftlich-kommerzieller Natur, es ist die Konzentration des Schriftlichneidernkapitals. Wir Schriftlichneider können mit dieser Veränderung insofern zufrieden sein, als sie uns Gewähr dafür bietet, daß für die Zukunft geordnete Verhältnisse in unserm Gewerbe bestehen werden. Diese Konzentration hatte weiter zur Folge, daß besonders in Leipzig die Schreibereien zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Heute beschäftigen diese nur noch zehn Prozent aller Kollegen, während neunzig Prozent in den Schriftlichneidereien tätig sind; in früheren Jahren war es darin gerade umgekehrt. Dieser Umstand ermöglicht es heute, umfangreicher und leichter agitatorisch auf die Kollegen einzuwirken.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die immer weiter um sich greifende Ausbreitung der Bohrmaschinen. Ein kürzlich im „Korr.“ (Nr. 50) erschienener Artikel hat mit aller Klarheit die Wichtigkeit dieser Angelegenheit aufgezeigt, der wir Schriftlichneider unsere ganze Aufmerksamkeit widmen müssen.

Aber auch in organisatorischer Hinsicht brachte die jüngste Vergangenheit einige bedeutende Veränderungen. Es wurde die organisatorische Verbindung mit den Schriftlichneidern hergestellt, der eine tarifliche Gemeinschaft zugrunde liegt. Der neugegründete Reichsarbeitsrat für das Schriftlichneidergewerbe enthält auch die tarifliche Regelung für uns Schriftlichneider. Auf diesem Gebiete haben wir Schriftlichneider in Gemeinschaft mit den andern Schriftlichneidern einen bedeutenden Schritt vorwärts getan, der hoffentlich noch weitere Auswirkungen in dieser Hinsicht mit sich bringt. Der Gedanke der Zusammenfassung ganzer Berufsgruppen zu Industrieverbänden hat erst Fuß gefaßt in der Arbeiterschaft und harret noch der praktischen Lösung. Erwähnt sei hier auch noch, daß noch vor der Schaffung des Reichsarbeitsrats die Frankfurter Kollegen den Abschluß eines Lokaltarifs zustande brachten.

Leipzig brach die schon eingeleiteten Lokaltarifhandlungen im Hinblick auf den nahen Abschluß des Reichsarbeitsrats wieder ab. Die organisatorische Verbindung mit den Schriftlichneidern hat die Auflösung der Schriftlichneidernzentralkommission nach sich gezogen. Ob wir für die Zukunft ohne diese Instanz auskommen werden, muß erst abgewartet werden. Die drückenden Schriftlichneidervereinigungen bleiben auch weiterhin bestehen; eine Notwendigkeit, die auch von den Schriftlichneidern anerkannt wurde. In der Zentralkommission für Schriftlichneider wie auch in den Verbänden der drückenden Schriftlichneidervereine haben wir Schriftlichneider einen Stellvertreter erhalten.

In Ermangelung stiftlicher Unterlagen kann leider die am Schluß beachtlichste Gegenüberstellung der jetzigen mit den früheren Verhältnissen nicht erfolgen.

Leipzig.

H . . . c.

Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa

hoffen sich die Solengraber unseres Gewerbes, und zwar diejenigen Prinzipale, die da glauben, den derzeitigen Tiefstand der graphischen Industrie durch Schleuderkonkurrenz heben zu können. Kraftverschwendung bedeutet es, wenn auf der einen Seite mit großen Stoffen verbundene Preisstarke aufgeföhlt, Ergänzungsstoffe hierzu herausgegeben werden, während auf der andern Seite versucht wird, durch Nichtbeachtung der festgesetzten Preise Kundschärf zu ergattern, um die Maschinen nicht stillstehen zu lassen. Gewiß ist die Pflicht, für das Personal Arbeit zu beschaffen, um Entlassungen zu vermeiden, löblich, aber ob der Weg der Preisverschwendung der richtige ist, das sollte man sich doch überlegen. Leider fehlt diese Überlegung noch einem Teile der Prinzipale.

Der Raumangel nötigt zur Kürze der Beweisführung und dürfte das folgende Beispiel einer Kalkulationsprobe aus Breslau genügen. Sechs verschiedene Geschäftsdrucksachen mit gleichaufendem Text wurden drei verschiedenen Buchdruckereien (A, B, C), Mittel- und Großbetriebe) zur Kalkulation unterbreitet. Der Versuch ergab folgenden Preisunterschied:

Kleinbetrieb		Mittelbetrieb		Großbetrieb	
Auflage	500	Auflage	1000	Auflage	1000
743,15 Mk.	1073,90 Mk.	370 Mk.	579 Mk.	547 Mk.	785 Mk.

Noch ein Beispiel: Eine Broschüre (Familienstammbaum, 80 Auflage) erzielte zwei Preisabgaben von 900 und 1200 Mk. Schreiber dieses ermittelte aber nach oberflächlicher Schätzung 2500 Mk. Die Arbeit ergab nach fertigerstellung einen Preis von 2600 Mk. Das sind bedenklliche Preisunterschiede bei einfacher Kalkulationsarbeit. Wie hoch mögen die Preisunterschiede da bei komplizierter Kalkulation oft sein? Dabei hat die Breslauer Prinzipalshalt ihr Kalkulationsbureau! Falls jeder Schreiber, Schneider und Barbier hat heute sein Preisverzeichnis der gängigsten Arbeiten im Laden oder der Werkstatt hängen, beim Buchdrucker jedoch kann der Auftraggeber noch die Anfrage zu seinen Gunsten in Anspruch nehmen. Schleuderkonkurrenz ist Solengraber, da blüht auch nicht die Ausrede vom Friedenspapierlager!

Hat die privatkapitalistische Produktionsweise heute bereits viele Betriebe zum Stillstand und das Heer der Arbeitslosen zum Wachsen gebracht, so wird der Sommer den Höchststand der Beschäftigungslosen bringen. Das Druckergewerbe wird ganz erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden, solange im privatkapitalistischen Sinne weitergemacht wird. Da der Weg zur genossenschaftlichen Produktion und damit verbunden zur Planwirtschaft noch ein sehr weiter und steiniger ist, sollte man klug genug sein, die heutige Mißere durch Schleuderkonkurrenz nicht noch zu vergrößern.

In den lauren Apfel einer gemaltigen Konditionslosenziffer für Sommer und Herbst 1920 werden wir beßen, die Gehiltschaft wird wie immer die größten Opfer bringen müssen. Ihr Prinzipale aber, halbet lest am Preisstarke und stellt Überhöfhe, die ihr durch günstigen Papiererkauf erzielt, zur Sebung der Not der Konditionslosen zur Verfügung, dann dient ihr euch und dem ganzen Gewerbe.

Breslau.

Willi Nippel.

Die Lehrlingsfrage und die Lehrlingsordnung

Die am 1. Mai von Tarifauschüsse verabredete und zur praktischen Verwirklichung dem Gewerbe übergebene Lehrlingsordnung ist zum mindesten ein gutes Werk unker so sehr, wie man jetzt höf, „ungelegemäßen“ Tarifgemeinschaft zu buchen. Kollege Schliebs hat sich in dankenswerter Weise in Nr. 59 des „Korr.“ mit vielen aktuellen Fragen beschäftigt und sie eingehend beleuchtet, auch objektiv alle Widersände gewürdigt.

Das Maß in puncto Lehrlingsausbildung bzw. Lehrlingsausbeutung war voll bis zum Aberlaufen. Es gibt noch kräftigere Fälle, als wie sie Kollege Schliebs anführt. Jetzt aber heißt es trüch als Werk. Es eher die durch die Lehrlingsordnung geschaffenen Instanzen in Funktion gesetzt werden, desto eher kommt unser junger Nachwuchs aus der Verelendung heraus. Den zu bildenden Orts-, Bezirks- und Kreislehrlingsauschüssen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, das sollte die Pflicht eines jeden sein mit dem Beruf und der Tugend ehrlch nehmenden Kollegen sein. Denn um den geschaffenen Instanzen ein klares Bild zu geben, wie es mit der Lehrlingsausbildung und vor allem in betref der Lehrlingsausstellung, die ja zum Teil noch unter dem Kriegszustand erfolgte, aussteht, muß eine wahrheitsgetreue Berichterstattung Platz greifen. Es ist deshalb an der Zeit, daß die Druckerei- bzw. Ortsfunktionäre — es trifft dies zum größten Teil auf die kleineren Betriebe resp. Orte zu — eingehend mit sich zu Rate gehen und Umstände hofen, wie es in ihrem Wirkungskreis auf dem Lehrlingsgebiet aussteht. Ich glaube nicht zu viel gesagt zu haben, wenn ich behauptete, es ist noch vieles faul und vieles erblickt nicht das Licht der Sonne.

Es wäre also an der Zeit, daß die Funktionäre für gründliche Abhilfe sorgen. Wie mancher Platz würde frei für arbeitslose Kollegen, wenn die Lehrlinge unter fachlicher Anleitung ausgebildet würden! Auch sonst sind zum größten Teil die Lehrlingenden wir Obköfien selbst. Entweder müssen wir auf unsere eigne Arbeitskraft diese jungen Kollegen mit durchschleppen, oder aber, wo dies nicht der Fall ist, liegen dieselben auf der Straße. Er sehen uns

viele verloren, die, wenn in ihrer Bezzelt mehr für sie getan wäre, später tüchtige Berufs- und Verbandskollegen geworden sein würden.

Es ist deshalb notwendig, daß unsre Funktionäre und alle in Frage kommenden Instanzen ein wachsendes Auge auf die nun planmäßig erfolgende Ausbildung unsrer Lehrlinge richten und alle sich zeigenden Übel bei der Wurzel austrocknen. Nur so kann eine wirklche Lehrlingsordnung Zweck und Sinn haben. Keinesfalls kann aber von Gehiltschaften zugegeben werden, wie es sich schon verschiedentlich von Prinzipalseite bemerkbar macht, daß an der geschaffenen Lehrlingsordnung getüflet wird. Das ließe den köflichsten Protest der Gehiltschaft herausfordern.

Fann.-Münden.

Georg Finemann.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Internationaler Lithographen- und Steindruckerkongreß. Vom 13. bis 16. Mai d. J. fand in Bern der neunte internationale Kongreß des Bundes der Lithographen, Steindruker und verwandten Berufe statt. Vertreter waren die Schweiz, Holland, Italien, Österreich, Tschechoslowakei, Belgien, Dänemark, Schweden, England und Deutschland; der amerikanische Vertreter war kurz vor seiner Abreise erkrankt. Die Grundlagen waren durch den Generalsekretär und Regierungsmassnahmen gegen die Gewerkschaften am Erscheinen verhindert, ihre Vertretung übernahm Belgien, und jene Amerikas erfolgte durch die englischen Vertreter. Portugal, Spanien und Norwegen hatten sich entschuldigen lassen und andern Ländern ihre Vertretung übertragen. Für die Schweizer Regierung war Polizeipräsident Schneberger und für das internationale Buchdruckersekretariat Kollege Stauner anwesend. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde genehmigt. In der Aussprache bemängelten Holland und Belgien die Tätigkeit nicht umfangreich genug gewesen. Besonders gegenüber den amerikanischen Kollegen Verhältnisse eingetretten sein. In sachlichster Form beleuchtete der Belgier Poels (Brüssel) die Stellung der internationalen Arbeiterschaft und betonte, daß sie nicht als Anhängler kommen. Der Krieg sei durch den internationalen Kapitalismus und Militarismus gemacht worden, die Arbeiterschaft sei an dem Ausbruch unschuldig. Wir können nur eine bessere Menschheit erleben, wenn die Arbeiterschaft sich international verbindet, und dazu wolle er uns die brüderliche Hand reichen. Der holländische Vertreter Roelofs, der in der Diskussion als erster sprach, erbot sich als Vertreter eines neutralen Landes, die Klüft überbrücken zu helfen, um eine neue Internationale aufzubauen. Er dankte den deutschen Vertretern für ihre bisherige Arbeit und wünschte das Sekretariat in das Land zu legen, wo die Industrie am höchsten entwickelt sei. Dieses Land sei Deutschland. Da die Deutschen das Sekretariat nicht behalten wollen, um die Internationale möglichst schnell aufzubauen, schlug er die Verlegung in ein neutrales Land vor. Mit dem internationalen Sekretariat sei eine Erkekutive zu ertehen, in der England, Deutschland und Frankreich vertreten sein sollten. Die deutsche Delegation leugnete nicht die eingehrten Tätigkeit des internationalen Sekretariats; diese erklärte sich aus den Verhältnissen, die der Krieg mit sich gebracht habe und aus der Krankheit und verminderten Arbeitsfähigkeit des Kollegen Siller. Zu ihrer Freude stellten sie fest, daß der Streit zwischen den politischen Auffassungen hier keine Rolle spiele. Das brüderliche, solidarisches Bekenntnis der belgischen Kollegen sei die beste Gewähr, daß die Internationale neu erleben werde, um an der Beseitigung des Kapitalismus zu arbeiten. Mit der Bekanntheit der Stellungnahme des Magdeburger Verbandstages der deutschen Lithographen und Steindruker wurde das Bekenntnis zur internationalen Mitarbeit ausgesprochen. Dem internationalen Sekretariat wurde Entlastung ertelkt. Beschlossen wurde: Die restlichen Beiträge aus der Kriegszeit sind nachzugeben. Der internationale Beitrag von 32 Pf. für jedes Mitglied wurde vom 1. Juli 1920 an verdoppelt. Der Beitrag wird in der Munderwährung jedes Landes gezahlt. In groß angelegter Weise wurden Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit des Sekretariats und die Formen künftiger Bewegungen festgelegt. Dabei wurde auch eine Resolution entworfen, die sich für die Herbeiführung des graphischen Industrieverbandes ausspricht. Nach Berichtstellung Deutschlands auf den Sitz des internationalen Sekretariats wurde Brüssel als Sitz bestimmt und Poels als Sekretär gewählt. Ferner wurde mit 15 gegen 7 Stimmen die Einsetzung einer Erkekutive beschlossen, die sich aus Deutschland, England, Frankreich, Holland und dem Sekretär zusammensetzt. Mit dem Bekenntnis, alles zu tun, um die Internationale wieder in die Höhe zu bringen, wurde der neunte internationale Lithographenkongreß geschlossen.

Von der Deutschen Bäckerei in Leipzig. Gegenwärtig sind im Ausstellungsraum der Deutschen Bäckerei zwei Arten von Zeitschriften ausgeföhlt, nämlich solche, die infolge des Krieges ihr Ercheiten einstellen mußten, und solche, die während der gleichen Zeit neu entstanden sind. Im deutschen Sprachgebiet ercheiten gegenwärtig etwa 20000 Zeitschriften, von denen täglich 800 bis 900 in der Deutschen Bäckerei eingegeben und eingeordnet werden. In dem letzten, geräumigen Lesesaal liegen annähernd 3000 Zeitschriften zur Benutzung aus; ein hinreichender Kartenkatalog ermöglicht dem Suchenden, das Gewünschte schnell und sicher aus der Fülle des Gebotenen herauszufinden. Die bei freiem Eintritt jedem Interessenten wochentags von 8 bis 4 Uhr zugängliche Ausleihung ermöglicht reiß

Das Wahlergebnis und seine Konsequenzen

In der vorigen Nummer ist gesagt worden, das deutsche Volk habe am 6. Juni nicht nur mangelhaft, sondern in großem Maß auch schlecht gewählt. Der nunmehr bis auf geringe Veränderungen mögliche Überblick zeigt den Wahlausfall folgendermaßen: Abgegebene Stimmen (ohne die Abstimmungsgebiete) 25719087 (1919: 30268000). Bei dieser Gegenüberstellung ist auch nicht zu übersehen, daß im Januar 1919 eine große Zahl der Stimmberechtigten noch nicht aus Kriegsgefangenschaft usw. zurückgekehrt war. Es entfallen auf die Sozialdemokratische Partei 5531157 (11509000) und Abgeordnete 92 bzw. mit den aus den Abstimmungsgebieten 110 (163), Unabhängige Sozialdemokratische Partei 4809862 (2317000) und Abgeordnete 80 (22), Deutschnationale Volkspartei 3638851 (3005000) und Abgeordnete 65 (44), Zentrum 3500000 (4632000) und Abgeordnete 67 (91), Deutsche Volkspartei 3456131 (1533000) und Abgeordnete 61 (19), Demokratische Partei 2052509 (5571000) und Abgeordnete 45 (75), Bayerische Volkspartei und Christliche Volkspartei zusammen 1254963 (1421000) und Abgeordnete 4 bzw. 21, Kommunistische Partei 438000 und Abgeordnete 2, Deutsch-hannoversche Partei 318104 (280000) und Abgeordnete 5 (4). Es sind etwa 14939849 Stimmen für die bürgerlichen und 10779218 Stimmen für die drei Arbeiterparteien abgegeben worden. Die bürgerlichen Parteien haben demgemäß 53,1 Proz. der insgesamt abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht, während die sozialistischen Parteien 41,9 Proz. erhalten haben. Da bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Arbeiterparteien 45,7 Proz. Stimmenanteil aufwiesen und die bürgerlichen Parteien 54,3 Proz., so ist das diesmalige Wahlergebnis wirklich nicht erheben.

Zwei Punkte der gesamten deutschen Wählerchaft haben sich erst für den Sozialismus entschieden, also weniger als im vergangenen Jahre, da sollten doch auch diejenigen, die über ihren erreichten Wunsch hinaus sehr begrifflichweise recht stolz sind, die Unabhängigen, nachdenklich werden und sich selbst mehr fragen, warum im allgemeinen und warum im besonderen nach dem ja noch nachzulübenden Kapp-Putsch der Reaktion diese wieder sich so in den Sattel setzen konnte. Dummheiten sind doch wahrhaftig genug gemacht worden, und das durchaus nicht einseitig, nun sollten die Geschicklichen Trümpf werden.

Dieser neue Reichstag ist eine wahre Mißgeburt. Ihm fehlt nämlich eine Mehrheit, die eine bestandfähige Regierung bilden könnte. Es gäbe wohl eine Koalition, die mit ihrer Spannung von Erbsberger bis Helfferich sich aber schon als glatt unmöglich erweist. Kein Stimmverhältnis: 268 bürgerliche gegen 192 sozialistische Mandate, würde sie allerdings fragwürdig sein. Undes, eine parlamentarische Regierung Deutschlands kann doch nicht nur ein bloßes Zahlenmaßstab sein.

Die bisherige Regierungskoalition ist auseinandergerissen durch die Reichstagswahl. Zum Auseinanderfallen war sie aus inneren Gründen schon oftmals reif. Die Mehrheitssozialdemokratie, als welche die alte Partei sich behauptet hat, will und kann nicht mit den politischen Laubfrüchten von der Marke Stresemann zusammenhängen, möchte überdies gern heraus aus dem Turm der großen Verantwortung und von der Eskalade, wo sie von allen Seiten den beständigen Angriffen ausgesetzt ist. Die Unabhängigen tragen gar kein Verlangen danach, der Mehrheitspartei ihr Los zu ersichtern und bedanken sich mit der Festlegung, mit bürgerlichen Parteien überhaupt nicht die Regierung zu bilden, vor der undankbaren politischen Arbeit. Die Demokraten wollen nichts mit den sogenannten Volksparteikern gemein haben und nichts ohne die Sozialdemokratische Partei tun. Die Emporkömmlinge ehemals nationalliberaler Obermans, durch den starken schwerindustriellen Einschlag nunmehr noch berücksichtigter, sind zwar anschlussbereit, aber — niemals kam der Fretorsmann. Das sonst immer klug tavierende Zentrum wies in dieser ganz verfahrenen Situation auch keinen Rat mehr. Vorab werden in diesen Tagen die zusammengekommenen Parteiführer aller Farben sich die Köpfe zerbrechen, wie hier noch ein Weg aus dem Sog zu finden sein könnte. Man munkelt schon von dem tragwürdigen Mittel einer Auflösung des kaum geborenen Reichstags.

Wir haben uns Ende 1917 bei Betrachtungen über die politische Neugestaltung in Rußland — politische Neustruktur hat der „Korr.“ also nicht als seine Aufgabe betrachtet — entschieden gegen die Minderheitshegemonie einer Partei ausgesprochen, obwohl Lenin und Trotzki

konst unsere Anerkennung hatten. Wir werden auch dagegen bleiben. Es kann ja wohl ein kurzlebiger Zustand dieser Art eintreten, worüber die Ereignisse seit der deutschen Revolution schon mancherlei Merkmale erbracht haben, aber ein dauernder Zustand kann und darf das nicht werden. Auch die radikalste Demokratie müßte sich dagegen wenden. Was aber soll werden in dieser heillos verfahrenen Lage, in die uns die politische Unmündigkeit des nach freilestem Wahlrecht entscheidenden deutschen Volkes gebracht hat?

Wenn die „Freiheit“ Mitte dieser Woche schrieb: „Wir wollen doch sagen, daß uns eine bürgerliche Regierung durchaus nicht so gefahrlos zu sein scheint“, sie bedeutet „Kampf und bessere Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse“, so stimmt das letztere durchaus, wie das erstere durchaus falsch ist. Wenn das der neue Stern sein soll, der nach Helfferich weist, dann hätte man ja schließlich die Kappisten und die Rittwille im März sich selbst lassen können. Eine bürgerliche Regierung, in der doch die eigentlichen reaktionären Parteien die Oberhand haben würden, könnte und würde von der Revolution so viel „abbauen“, zumal die unzuverlässige Reichswehr dabei entsprechenden Nachdruck leisten dürfte, daß auch die erfolgreichste Oppositionsstellung der Arbeiterparteien dagegen nicht aufkommen könnte. Der Gewaltpolitik soll man doch nicht irgendwelche Förderung angehehlen lassen.

Es ist, wie bereits im Artikel der vorigen Nummer erklärt, unabweislich, daß die gewerkschaftliche Nebenregierung eingreift und mit Nr. 1 der bekannten acht Punkte vom März einmal auch an die Arbeiterparteien herantritt und so vielleicht doch den schrecklich verfahrenen gordischen Knoten zu lösen beitragen kann. Zumal bei den Unabhängigen es schon Mode geworden ist, daß die Gewerkschaftsvertreter (Rusch) gegen einseitig festgesetzte Parteihäupter (Däumig) in Sachen der Oberhoheit über die Betriebsräte energische Töne anschlagen. Die Führer der großen Gewerkschaftsrichtungen, die als „Nebenregierung der Gewerkschaften“ sich allenfalls nicht unbegrenzter Beliebtheit erfreuen wegen ihres Dreizehens, müssen sehen, wie der Regierungskarren wieder flott gemacht werden kann und der Arbeiterklasse doch der Ausschlag verbleibt.

Berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung

Die alte Forderung der Arbeiterchaft, daß neben einer ausreichenden Verorgung aller durch Betriebsunfälle in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Opfer der privatrechtlich-wirtschaftlichen Wirklichkeitsform die Frage der Unfallverhütung eine viel größere Beachtung erfahren muß, hat sich allmählich auch in den maßgebenden Kreisen der Berufsgenossenschaften durchgesetzt. Kein Überflüssiges hat schon das Anwachsen der erforderlichen Summen zur Bestreitung der Unfallentschädigung in dieser Richtung seine Wirkung nicht verfehlt. Etwas früher hat sich eine solche Entwicklung auch mehr und mehr bei den Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft feststellen. Mit unbestreitbarem Erfolge hat diese Organisation unter der Leitung ihres Vorsitzenden Eugen Mahlau besonders in den letzten Jahren vorbildlich in diesem Sinne gewirkt. Und wenn auch der heutige Stand der Dinge auf diesem Gebiete noch ziemlich weit von jenem Ziel entfernt ist, das wir vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus als erstrebenswert auffassen, so kann doch anerkannt werden, daß hier Bestrebungen eingetreten sind, die für die Zukunft zu guten Hoffnungen berechtigen.

Ein beachtenswertes Dokument zur Charakterisierung dieser Entwicklung bildet eine Denkschrift, die schon vor längerer Zeit unter dem Titel „Berufsgenossenschaft und Unfallverhütung“ als „Beitrag zur unfallverhütenden Tätigkeit der deutschen Berufsgenossenschaften“ von Herrn Eugen Mahlau verfaßt wurde und „als Manuskript gedruckt“ vorläufig noch einer späteren Drucklegung für die breitere Öffentlichkeit harret. Die gegenwärtig hohen Druckkosten verhindern es, diese inoffizielle Schrift einem größeren Interessentenkreise zugänglich zu machen. Die Schrift verfolgt den Zweck, der Unfallverhütung in Buchdruckerbetrieben zu dienen. Unter normalen Verhältnissen auf dem Papiermarkt würden wir es daher als untre Pflicht betrachten, die Leser des „Korr.“ mit dem Inhalte dieser Denkschrift im weitestgen Umfang vertraut zu machen. Nach Lage der Dinge müssen wir uns jedoch nachfolgend nur mit einer Heraushebung ihrer wichtigsten und wertvollsten Ideen und Feststellungen begnügen.

Der Bedeutung der vorerwähnten Unfallverhütung für Unternehmer und Beschäftigte ist das erste Kapitel gewidmet. Es wird hier nachgewiesen, daß die Unfallverhütungsbemühungen mit der Zeit zur wichtigsten Aufgabe der meisten Berufsgenossenschaften geworden sind. In der ausschließlichen Aufzählung der materiellen Kosten der Versicherungsschäden auf die Schultern der Unternehmer wird die beste Triebfeder für deren lebhaftes Interesse an der Unfallverhütung erblickt. Das ist eine Auffassung, die zwar vieles für sich hat, in Wirklichkeit aber doch nicht verhindern konnte, daß dieses Interesse nur ganz allmählich größer wurde; auf der andern Seite aber die Versicherer von einer durchgreifenden Mitwirkung bei der Bekämpfung der Unfallgefahren und Schäden ausschloß. Und wir sind so frei, darauf hinzuweisen, daß die Kosten der gewerblichen Unfallgefahren nur in bedingter Weise aus der „Tasche“ des Unternehmers fließen, abseits dieser Taschen leer bleiben, wenn der volle Arbeitsbeitrag nicht wesentlich größer wäre als der davon zur Ausgabung gelangende Arbeitslohn einschließlich der materiellen Beschäftigtenkosten im Produktionsprozeß. Darin liegt ein weiter Spielraum für einseitige Interessenwahrnehmung des Unternehmeriums, der dem gedachten Zweck der Unfallverhütung ein mehr zwangsläufiges anstatt freiwilliges Getriebe gibt. Es fehlt daher auch, nach den eigenen Worten des Vorsitzenden der Buchdruckerberufsgenossenschaft, den Vorständen der Berufsgenossenschaften in ihrer Tätigkeit noch viel von dem sie fragen sollenden, anregenden und besuchenden Geiste freudiger Mitarbeit aus den Kreisen der Genossenschaftsmitglieder. „Auch in der Buchdruckerberufsgenossenschaft ist das noch nicht viel anders geworden.“ Die übergroße Mehrheit der Unternehmer sieht in der Berufsgenossenschaft eine Einrichtung, die nur Opfer fordert, ohne einen sichtbaren Nutzen zu bringen. Die große Menge der Unternehmer wird von der Wichtigkeit der Unfallverhütung unmittelbar nicht berührt, sie schieben nur die Last der im Laufe der Jahre sich häufenden Entschädigungseinstellungen, die heute den einzelnen Unternehmer innerhalb der Buchdruckerberufsgenossenschaft mit jährlich durchschnittlich 80 Mk. treffen. Diese Lasten werden — noch bedeutend steigen, falls es nicht gelingt, die Unfallverhütungsbemühungen in den Kreisen der Unternehmer wie der Versicherer aus dem Scheinbelein zum vollen wirklichen Leben zu erwecken. Der Gedanke einer sorgsamsten Beschäftigung im Betriebe beschäftigter Personen habe nur selten Raum gewonnen. Er müßte alle in leitender Tätigkeit stehenden weit mehr beherzigen und zu unermüdbar bestreben. Dann würden auch die Versicherer dafür zu gewinnen sein, auf ihr eigenes Wohl besser Bedacht zu nehmen. Daß solche Bestrebungen Erfolg haben können, zeigt sich im Bereiche der Buchdruckerberufsgenossenschaft, die sich seit einigen Jahren über Mangel an gutem Willen zur Mitwirkung in den führenden Kreisen der getrennten Arbeiter durchaus nicht mehr beklagen könne. „Namentlich sind es hier die Maschinenmoffervereine, die sich mehr und mehr der Unfallverhütung annehmen und auch begonnen haben, der Einwirkung auf die Versicherer ihre sehr wertvolle Hilfe zu gewähren; aber auch die großen Gewerkschaften und namentlich der Verband der Deutschen Buchdrucker zeigen heute eine erfreuliche Bereitwilligkeit zur praktischen Mitwirkung an den Aufgaben der Unfallverhütung.“ Dieser hier so lobend erwähnte Wille zur praktischen Mitwirkung war unleserlich innerhalb unserer Organisation von jeher vorhanden. Wir haben im „Korr.“ schon seit vielen Jahren in dieser Richtung gewirkt, konnten aber leider auf der andern Seite gewisse Abneigung gegen unsere Bestrebungen nur nach und nach, manchmal sehr unerfreulichen Auseinandersetzungen überwinden. Wir begründen daher diese Wandlung und erhoffen von ihr weitere fruchtbringende Erfolge.

Nach einer längeren, aber durchweg lebhaften Begründung der Berechtigung zunehmender Opfer für eine durchgreifende Unfallverhütung wird sodann im zweiten Kapitel eine Fülle interessanter statistischer Nachweise und Vergleichsziffern für die Wirkung der unfallverhütenden Tätigkeit der Berufsgenossenschaft gegeben, von denen wir aus den schon angeführten Gründen hier nur die wichtigsten und zusammenfassenden wiedergeben können. Die Statistik erstreckt sich über einen Zeitraum von 25 Jahren. Es zeigt sich dabei u. a., daß, gemessen an den erstmals einschädigten Betriebsunfällen, die Unfallgefahr im Buchdruckerbetriebe durchweg sehr wesentlich hinter dem Jahresdurchschnitt der Gesamtheit der gewerblichen Berufsgenossenschaften zurückbleibt. Auf je 1000 Beschäftigte entfielen z. B. in den Jahren 1893, 1900, 1905, 1910 und 1913 in der Buchdruckerberufsgenossenschaft an erstmals einschädigten Betriebsunfällen 1,07, 2,49, 2,67, 2,23 und

2,35, gegen 4,35, 7,46, 8,34, 7,39 und 7,05 im Durchschnitt der Gesamtheit der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Ein auffälliger Gegensatz zu dem vorstehenden Verhältnis zwischen Unfallgefahren an den Maschinen und den sonstigen Unfällen ergibt sich im Vergleiche zwischen den einschlägigen Ziffern der Buchdruckerberufsgenossenschaft und jenen der Gesamtheit der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Der Durchschnitt von je fünf Jahren zwischen 1893 und 1913 ergibt auf je 100 erstmals entfallende Unfälle für die Buchdruckerberufsgenossenschaft die Zahlen 80,6, 77,5, 75,3, 64,2 und 61,3, während für die Gesamtheit gewerblicher Berufsgenossenschaften folgende Ziffern ermittelt sind: 24,4, 21,4, 25,0, 24,5 und 24,8. Für das Buchdruckergewerbe zeigt sich demnach ein wesentlicher Rückgang der Maschinenunfälle; wozugegen die Durchschnittsziffer für die Gesamtheit aller gewerblichen Berufsgenossenschaften nicht nur keinen Rückgang, sondern eine kleine Zunahme aufweist. Die Besserung der „Maschinen-

unfälle“ im Buchdruckergewerbe ist eine so ruhige und gleichmäßige, daß man sie wohl als Wirkung der Unfallverhütung ansprechen darf, „zumal wenn man weiß, daß im allgemeinen grobe Umwälzungen in den im Gewerbe gebräuchlichen Maschinenarten nicht stattgefunden haben“. Letzteres glauben wir jedoch mit einem Fragezeichen versehen zu können. Denn die Verneuerung der schnelllaufenden, großen und komplizierteren Maschinen hat in den betreffenden 25 Jahren in unserm Gewerbe doch beträchtlich zugenommen. Ein Erfolg der Schutzmaßnahmen an Maschinen kann in dieser Hinsicht mit Sicherheit angenommen werden.

Sehr beachtenswerte Tatsachen hinsichtlich der Unfallgefahren im Buchdruckergewerbe im Vergleiche mit jener innerhalb der Gesamtheit der gewerblichen Berufsgenossenschaften ergeben sich aus folgender Gegenüberstellung im Durchschnitt von je fünf Jahren hinsichtlich der Unfallfolgen auf je 10000 Beschäftigte:

Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft					Gesamtheit gewerblicher Berufsgenossenschaften					
Zeitraum	Töd.	Erwerbsunfähigkeit			Nicht entfähigungspflichtig gewordene Unfälle	Töd.	Erwerbsunfähigkeit			Nicht entfähigungspflichtig gewordene Unfälle
		dauernde		vorübergehende			dauernde		vorübergehende	
		völlige	teilweise				völlige	teilweise		
1888-1892	0,6	0,4	12,1	3,4	78,3	7,0	3,8	30,7	9,8	253,1
1893-1897	0,7	0,2	12,4	6,6	90,5	6,9	1,5	36,5	19,4	319,7
1898-1902	0,6	0,0	13,5	8,0	108,7	7,1	0,9	36,5	31,7	373,9
1903-1907	0,4	0,1	11,2	12,6	126,9	6,4	0,7	35,6	40,1	421,5
1908-1912	0,6	0,1	7,4	15,7	145,7	6,2	0,5	26,6	43,0	447,2
1913	0,8	0,1	7,5	15,2	157,2	6,2	0,3	21,5	42,4	476,3

Bei der Beurteilung vorstehender Vergleichsziffern spielen nicht nur die Unfallzahlen selbst eine Hauptrolle, sondern auch die Entwicklung der Unfallmeldung ist zu berücksichtigen. Diese war in den Kindheitsjahren der gewerblichen Unfallversicherung eine wesentlich lückenhaftere als in späteren Jahren. Daraus erklärt sich zweifellos ein erheblicher Teil der aufsteigenden Ziffer, besonders bei den leichteren Fällen. Um so erfreulicher ist daher die Feststellung, daß bei den schweren Betriebsunfällen ein wesentlicher Rückgang unverkennbar ist, was mit Sicherheit als Erfolg der zunehmenden Unfallverhütungsbemühungen angesehen werden kann. Diese Erscheinung ermuntert zu einem noch weiteren Ausbau der Unfallversicherung, damit weiteren Verbesserungen auf dem Gebiete der Unfallgefahren mit allen Kräften und Mitteln vorgebeugt werden kann.

(Fortsetzung folgt.)

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

M. Düsseldorf. In der Versammlung am 10. April wurde zunächst ein Bericht über die Kreisamtsprüfung gegeben, die als Ergebnis die bekannten Industriezulagen zeitigten. Für die Opfer der Revolution und deren Hinterbliebenen wurde ein einmaliger Ertragsbeitrag von 20 Mth. beschloffen; mit nur wenigen Ausnahmen sind sämtliche Kollegen diesem Beschlusse nachgekommen. Aufgenommen wurden elf Kollegen, zwei wegen Abwesenheit zurückgestellt. Lebhafter Entrüstung in der Versammlung rief die Mitteilung hervor, daß die Firma Strüden hier selbst ihren Gehilfen für die Generalfreihwoche das Brotgeld sowie das Pflichtdrittel des Arbeitgebers zur Kranken- und Invalidenversicherung abgezogen hat, obwohl volle Bezahlung der Generalfreihwoche die Bedingung zur Wiederaufnahme der Arbeit nach unserm damaligen Statute war. (Unzulässig hat sich die Firma eines Besseren besonnen und diesen Betrag nachbezahlt.) Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag, der Aufhebung des „Korr.“-Obligatoriums verlangte. Allgemein herrschte große Unzufriedenheit über die Schreibweise des „Korr.“. Es wurde jedoch von einer Aufhebung des Obligatoriums vorläufig abgesehen, da man die Generalversammlung des Verbandes und deren Stellungnahme zum „Korr.“ abwarten will. — In einer außerordentlichen Versammlung am 27. April erstattete der Vorsitzende Kollege Strich den Bericht über den Ganttag. Ergründeterweise hatte sich der Ganttag dazu verstanden, den Mitgliedern im Gau Arbeitsruhe am 1. Mai zu empfehlen. Die Versammlung erhob diese Empfehlung zum Beschluß und die Arbeitsruhe wurde reiflos durchgeführt.

Selbe (Sollt.). Die außerordentliche Versammlung am 24. April war gut besucht. Kollege Bunt gab den anwesenden Kollegen einen ausführlichen Bericht von den Verhandlungen des Ganttags. In der Diskussion wurden namentlich die neue Bezirksaufteilung des Gantes, die Maiterfrage und der letzte Generalfreih besprochen. Da unser Bezirk wohl im Norden die Elbde Sondern und Nießlil verlieren wird, so erhalten wir dafür die Orte Marno und Burg i. Altzn., eventuell auch noch den Ort Brunnbüttelshagen; letzteres ist aber noch nicht bestimmt. Betreffs des diesjährigen Johannistreffes wurde von einer eigentlichen Feier Abstand genommen. Es soll aber in Form einer Bezirksversammlung nach Kalkschaber Generalversammlung beantragen werden. Auf der Bezirksversammlung soll ein Referat über die Generalversammlung erstattet werden. Der Ort soll vom Bezirksvorstande bestimmt werden. Alsdann kamen noch einige interne Sachen zur Sprache. — Dem Kollegen Mündlein wurde

aus Anlaß seines 50jährigen Berufsjubiläums seitens der Geschäftsleitung des „Seider Anzeigers“ ein Geldgeschenk von 200 Mth. überwiesen.

Leipzig. Die diesjährige Generalversammlung des Gaus Leipzig wurde am 27. April im vom Feuer verbrannt gebliebenen Saale des „Volksbäuses“ abgehalten. Sie hatte einen guten Verlauf anzuweisen. Eingangs der Tagesordnung gab der Vorsitzende das Resultat der Wahl des Gauvorstandes bekannt. Ein Wahlkamp, wie er bei den Buchdruckern in Leipzig noch nicht üblich gewesen, war diesen Wahlen vorausgegangen. Das vorher noch ungewisse Stärkeverhältnis der beiden Strömungen ist aber durch den Ausfall der Wahlen geklärt worden. Sie haben bewiesen, daß die Opposition mehr als die Hälfte der Leipziger Kollegen hinter sich hat. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Hellebarth mit 2548 Stimmen gegen Kollege Mener (2451 Stimmen) wiedergewählt. Da bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden keiner der beiden Kandidaten (Römer und Stürz) die absolute Mehrheit erreicht hatte, Kollege Römer aber freiwillig zurücktrat, wurde durch Abstimmung Kollege Stürz gegen wenige Stimmen als zweiter Vorsitzender gewählt. Bei der Wahl des Kassierers und der Hilfsbeamten gab es keine Veränderung. Die Wahl der Beisitzer ergab den Sieg der Oppositionsliste. Es waren zwei Listen aufgestellt. Dem bisherigen Vorstande wurde für geleistete Rechnung einstimmig Entlastung erteilt. Die Bibliothekskommission und der Festausschuß wurden in gleicher Besetzung wiedergewählt. An Stelle eines auscheidenden Kollegen wurde ein Reviseur neu gewählt. Die Remunerationen für die Bibliothekare, Revisoren, Kreisvertreter, Tarifschiedsgerichtsvorsitzenden und Krankenkassenkontrollreue wurden mit einer entsprechenden Erhöhung genehmigt. Der Gaubeitrag wurde um 1 Mth. erhöht. Die Frage, ob die Generalversammlung die Wahl des bisherigen ersten Vorsitzenden Kollegen Engelbrecht als Schriftführer nochmals beauftragen müsse, wurde dahingehend beantwortet, daß dies als nicht erforderlich angesehen werde. Der Punkt „Abänderungsanträge zum Statut“ löste eine ausgiebige Debatte aus. Kollege Hellebarth schlug vor, diesen Punkt bis nach der Verbandsgeneralversammlung zurückzustellen. Nach längerer Diskussion wurden die Anträge, mit Ausnahme von zwei, einer neugliedrigen Kommission überwiesen. Dieselbe soll die durchbreiteten Anträge einer außerordentlichen Generalversammlung zur endgültigen Beschließung vorlegen. Der Antrag, die beiden Vorsitzenden mit gleichen Rechten auszustatten, wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen. Eine lebhaftere Aussprache erfuhr der Antrag, das „Korr.“-Obligatorium für Leipzig aufzuheben. Der Vorsitzende ermahnte in längeren Ausführungen die Versammlung, diesen Antrag abzulehnen. Von Rednern beider Richtungen wurden die Gründe, die für oder gegen diesen Antrag sprechen, eingehend erörtert. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen eine Minderheit angenommen. Ein weiterer Antrag, auf die jeweilige Tagesordnung den Punkt „Verschiedenes“ zu setzen, wurde gleichfalls angenommen.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Am 29. April fand eine gutbesuchte Versammlung statt. Unter „Verbandsbericht“ landeten einige interne Sachen ihre Erledigung. Für Vorarbeiten zur Tarifrevision war ein Vertreter der Revision zu wählen und als solcher wurde Kollege Schulz bestimmt. Unter dem zweiten Tagesordnungspunkte verbreitete sich Kollege Stürz über die Rauchsche Broschüre „Neuzeitliche Ausnutzung der Schnellpresse“. In sachlicher Weise ging er auf die einzelnen Kapitel ein und gab dadurch den Mitglidern Gelegenheit, den Inhalt der in Leipzig fast unbekannt gebliebenen Broschüre kennen zu lernen. Nach lebhafter Aussprache gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Leipziger Maschinenmeisterversammlung vom 29. April 1920 hat nach einer eingehenden Aussprache über das Rauchsche Arbeitssystem die

Ansicht gewonnen, daß dessen Durchführung nicht geeignet ist, die Lebenslage der Buchdruckergehilfen zu verbessern; sie ist der Überzeugung, daß nur in der Änderung der bestehenden Arbeitsordnung die Vorbedingung zu nützlichbringender Anwendung der Rauchschen Idee gegeben ist. Wenn die Verammelten nicht wüßten, daß der Autor dieser Broschüre ein Kollege ist, so müßten sie annehmen, daß dieselbe von einem dem Berufe Fernstehenden oder einem Unternehmer geschrieben ist. Sie sind der Meinung, daß Kollege Rauch sich bestens bedanken würde, unter dem von ihm vorgeschlagenen System selbst als Drucker zu arbeiten.“ Als Kongressabschlüsse wurden die Kollegen Baulde und Stürz aufgestellt, die bei der Urwahl am 5. Mai als Delegierte gewählt wurden. Von dem dem Bezirksvorrate Leipzig angeschlossenen Vereinen wurde Kollege Zimmermann (Gera) als Delegierter gewählt.

Bl. München. Die Generalversammlung des Ortsvereins am 10. April erledigte nach der üblichen Erörterung der seit der letzten Verammlung verstorbenen fünf Kollegen zunächst acht Aufnahmeversuche und nahm dann verschiedene Mitteilungen zur Kenntnis. Ein im Auftrage der Arbeitslosen gestellter Antrag betreffend Maßnahmen zur rascheren Unterbringung und ausschließlicher Vermittlung durch den Arbeitsnachweis wurde der vor einigen Wochen zur Kontrolle des Arbeitsnachweises gewählten Kommission überwiesen. Darin wird u. a. verlangt, daß allen unter Umgehung des Nachweises Kandidaten suchenden Kollegen die Unterstellungen auf zwei bis sechs Wochen entzogen werden sollen. Für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurden neun Kandidaten aufgestellt. Der gedruckt den Mitgliedern zugegangene Jahresbericht, dessen Inhalt in verschiedenen Punkten vom Vorsitzenden mündlich noch ergänzt wurde, wobei er auch beachtenswerte Mitteilungen über den abgeschlossenen dreitägigen Streik zur Erzwingung der Anerkennung des Schiedsgerichts machte und die für kommende Seiten sich daraus ergebenden Lehren zog, wurde ohne Einwendungen aufgegeben und unter allgemeiner Zustimmung der Vorstandschaft der Dank für ihre geleistete Arbeit während der letzten bewegten Zeit ausgesprochen; einstimmig wurde ihr Entlassung erteilt. Zur Neuwahl der Vorstandschaft wurden verschiedene Vorschläge gemacht, die nach längerer Aussprache dadurch erledigt wurden, daß die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung in bezug auf das Verbandsstatut abgewartet werden sollen, um dann nach diesem auch das Ortsstatut entsprechend umarbeiten zu können. Die bisher im Vorstande tätigen Kollegen wurden bis dahin wiedergewählt, ebenso die Revisoren und Gewerkschaftsstarkelegierten. Von dem Ortsverein aufgestellten (Vorsitzender, Kassierer und Einlassierer) wurden ihre Gehälter durch die Feuerung entsprechende Ausgleichsbeträge erhöht und damit den Bezügen anderer Gewerkschaftsangehöriger ungefähr gleichgestellt. Auch die Entschädigungen für die übrigen Vorstandsmitglieder und die Sitzungsgelder wurden infolge der sich häufenden Arbeit und der Steigerung aller notwendigen Ausgaben entsprechend erhöht. Dem seit Jahren inaktiven früheren Kassierer, der zu seinen Bezügen aus gesetzlichen und andern Quellen aus der Ortskasse einen kleinen monatlichen Zuschuß erhielt, wurde derselbe auf 100 Mth. erhöht. Der Typographischen Gesellschaft wurden für Bildungszwecke, einem Antrage derselben entsprechend, 300 Mth. überwiesen. Die Erhöhung der Beiträge zum Gewerkschaftsverein, die Mehrausgaben für notwendige Drucksachen, die Angleichung der Gehälter usw. an die Feuerungsverhältnisse, die unbedingt notwendige Steigerung der Zuschüsse an Erwerbslose, Kranke und Invalide, die mit den jetzt selbstgelebten Söhnen längst nicht mehr auskommen können (damit soll auch einem in der Versammlung von den Erwerbslosen gestellten Antrage Rechnung getragen werden), machten eine Erhöhung des Beitrags zur Ortskasse um wöchentlich eine Mark notwendig, welche auch fast einstimmig von der Generalversammlung beschlossen wurde.

Bl. München. Die Versammlung am 23. April erledigte fünf Aufnahmen und stimmte einer Neuregelung der Zuschüsse aus der Ortskasse für Arbeitslose, Kranke und Invalide zu, wofür die Mittel aus der in der Generalversammlung beschlossenen Erhöhung des Ortsbeitrags um 1 Mth. wöchentlich bereitgestellt werden sollen. Diese Unterstüttung beträgt nun je nach den geleisteten Beiträgen auf die Dauer von 70, 91, 182 und 364 Tagen pro Tag 1 Mth. Als vorläufige Dauer sind drei Monate in Aussicht genommen, da damit gerechnet wird, daß die Unterstüttungsfrage von der Generalversammlung des Verbandes von Grund auf anders geregelt wird. Kranke, die länger als zwei Monate krank sind, und Invalide, die noch keine 500 Wochenbeiträge zur Ortskasse geleistet haben, erhalten einen einmaligen Zuschuß von 50 Mth. Ein Antrag, daß der 1. Mai als Feiertag zu begeben ist, und daß die Betriebsräte verpflichtet sind, die Bezahlung des 1. Mai von den Prinzipalen zu verlangen, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde zur Tarifauschulstigung Stellung genommen. Die Beratung der zur Generalversammlung gestellten Anträge gab den Delegierten verschiedene Anregungen und schloß mit der Erwartung ab, daß alle Delegierte dahin trachten möchten, den Verband und alle seine Einrichtungen der neuen Zeit entsprechend auszugestalten. In einer Abstimmung wurde einstimmig im Prinzip dem von Berlin zum zweiten Tagesordnungspunkt unter 2 gestellten Antrage gestimmt.

Berschiedene Eingänge

„Der Elternbeitrag.“ Halbmontatsbeitrag für Eltern, Lehrer und Behörden. Herausgegeben von E. Wille, Heft 1. Preis 5,50 Mth. vierteljährlich. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindendamm 114.

„Die Wahrheit über die Entlohnung Deutschlands.“ Von Edward Bernheim. Verlag Neues Vaterland in Berlin W 62. Preis 4 Mth.